

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 8/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante Artikel bringt für die sozialistische Bewegung über deren Wesen 25 Pfennige, für Arbeiterpartei, Herrschaft und Verhältnisse 15 Pfennige, Auswahlgänge 25 Pfennige. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 4 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 95.

Sonnabend, den 24. April 1909.

20. Jahrgang.

Arbeiter, Genossen! Rüstet zur Weisheit!

Grimmet Euch, daß die Arbeitsruhe die würdigste Form unseres selbst gestifteten Festes ist!

Sozialismus gegen Chauvinismus.

Im Anschluß an einen Artikel des österreichischen Genossen Carl Leutner in Wien, der sich gegen die auswärtige Politik der deutschen Presse richtet und die internationalen Verhältnisse etwas gar zu sehr unter dem Gesichtswinkel eines Deutschösterreicher ansieht, erscheint es uns wünschenswert, nachstehend einen Auszug aus dem Aufsatz wiederzugeben, den Genosse G. B. Bernstein bei seiner letzten englischen Anwesenheit im „Labour Leader“, dem Hauptorgan der „Unabhängigen Arbeiterpartei“, veröffentlichte. Bernstein sagt dort:

Es ist zweifellos, daß alle Sozialisten entschiedene Kriegsgegner sind. Hier und da findet man wohl eine kleine Anzahl derselben als Gegner der Friedensagitation, jedoch nicht als Kriegsreue und Nationalitätenhasser, sondern weil sie der Meinung sind, daß Friedensagitation im modernen kaufmännischen Gesellschaftsaufbau, innerhalb desselben so viele und gewaltige Interessen der herrschenden Klassen die Kriege fördern, wirkungslos sei. Ja, sie halten sogar die Agitation für schädlich, weil sie fürchten, daß dadurch im Falle einer Differenz zwischen zwei Nationen die demokratische und fortschrittlichere der anderen ausgeliefert würde.

Diese Argumente sind ernstlich zu prüfen. Sie waren einst die Meinung der leitenden französischen Blanquisten und anderer Sozialisten, welche die Jacobiner Traditionen von 1793 hochhielten. Gleicher Ansicht waren die radikalen Chartisten vor dem Krimkrieg. Sie opponierten gewaltig gegen die Friedensdemonstrationen der Cobdeniten. Jedoch nicht in feindseliger Absicht gegen Nationen, sondern aus erbitterter Feindschaft gegen die so mächtigen Despoten anderer Völker, wurden sie zu Förderern des Krieges und der Rüstungen. Demnach müßten also konsequenterweise die Sozialisten der höchsten liberalisierten Nationen ihren Widerstand gegen Kriegsrüstungen aufgeben und dafür zu sorgen haben, daß ihr Land in Besitz der besten und zahlreichsten Armee und Flotte sei.

Die Sozialisten der oben erwähnten Richtungen verachten andere Meinungen als philisterhaft und beriefen sich darauf, daß gerade der Krieg von 1793 die niederen Klassen zur Herrschaft gebracht habe, und daß somit die

Chancen der revolutionären Sozialisten gefördert würden. Es ist nicht bloßer Zufall, daß unter modernen Sozialisten, welche über die Agitation gegen Kriegsrüstungen spötteln, gerade die Anhänger der Katastrophentheorie zu finden sind (in England zum Beispiel Hyndman und Blatchford). Aber — und darin liegt das Trügerische ihres Gedankenganges — sie dürfen nicht dementsprechend handeln. Sie wagen es gar nicht und können es nicht wagen, ihre Ideen in die Praxis umzusetzen.

Wir leben in veränderten Verhältnissen, und der moderne Sozialist hat andere Wege einzuschlagen, als die früheren Generationen. Heute ist die Friedensfrage die Frage der Entwaffnung oder mindestens der Verminderung der Bewaffnung, und sie ist auch eine Arbeiterfrage. Handel und Industrie sind so eng miteinander verknüpft, daß ein Krieg beide Völker hart trifft, der Sieger trotzdem am härtesten. Da gibt es nur viel zu verlieren, wenig zu gewinnen.

Der Internationalismus der auswärtigen Politik ist bereits so mächtig geworden, daß der Versuch, der besiegten Nation die Friedensbedingungen zu diktieren auf den ernstesten Widerstand der anderen Nationen stoßen würde. Ein neuer Napoleon ist heute unmöglich. Auch Bismarck konnte nicht die auswärtige Politik nach seinem Herzenswunsche leiten.

Die Entwicklung der modernen Großstaaten hat das alles geändert. Ein Krieg kann die innere Politik einer Nation nur wenig alterieren. Er kann ihre soziale Struktur nicht ändern. Mit der Bildung und dem Wachstum unabhängiger parlamentarischer Arbeiterparteien ist die Budgetfrage eine Arbeiterfrage geworden. Nationale Ausgaben beeinflussen die Arbeiterklasse in immer höherem Grade. Reformen zu ihren Gunsten sind davon abhängig.

Die politische Macht der Arbeiterschaft und ihrer Partei hat auch ihre Verantwortlichkeit erhöht, welche in Bezug auf Krieg und Rüstungen von denen anderer Parteien absolut verschieden ist. Sie hat eine Mission zu erfüllen als Wächter des Völkerfriedens und einer besseren Zukunft. Sie verweigert die Verantwortung für die Politik der regierenden Klassen. Waffenrüstungen sind heute das Geschäft derselben, während das Proletariat diese zu reduzieren, vielleicht auch gar abzuschaffen hat. Zugegeben muß werden, daß diese Pflicht Schwierigkeiten in sich birgt. Kann und darf die organisierte Arbeiterschaft des einen Landes angesichts der Angriffsvorbereitungen des

anderen Landes mit gutem Gewissen die Gegengewehr verhindern oder schwächen? Ist der Heroismus im Recht?

Meine Antwort auf diese Frage lautet dahin, daß der Heroismus im Unrecht ist, weil er einen gerechten Gedanken verzerrt und überkreuzt und weil er einen absoluten Widerspruch da schafft, wo dieser nur beziehungsweise existiert. Die Interessen der Arbeiterschaft sind mit ihrem Vaterlande eng verknüpft. Bis zu einer gewissen Grenze müssen sie Nationalisten sein, um gute Internationalisten zu werden. Da aber ihre materiellen Interessen verschieden sind von denen der jetzt regierenden Klassen, so müssen sie auch folgerechterweise nationale Interessen anders auffassen. Ihre Opposition gegen bestimmte Rüstungen ist international. Das ist ein Teil der gemeinschaftlich geplanten und zur Ausführung gebrachten Arbeiterpolitik aller Länder. In der Internationalität der Bewegung liegt ihre moralische Kraft und die beste Abwehr der Anklage, daß Sozialismus mit dem Aufgeben des Vaterlandes nicht identisch ist.

Wenn es wahr ist, daß noch in keinem Staate die Arbeiterparteien stark genug sind, den Krieg zu einer absoluten Unmöglichkeit zu machen, so ist es aber auch nicht weniger wahr, daß sie in großen europäischen Ländern bereits vermögen, ihn sehr unwahrscheinlich zu gestalten. Gestärkt von dieser Ueberzeugung können die sozialistischen Parteien — und alle wahren Arbeiterparteien sind heute sozialistisch — mit gutem Gewissen den Majoritäten der gegenwärtigen Parlamente die Verantwortung für die steigenden Rüstungen überlassen.

Das sind nach meiner Meinung die wichtigsten Prinzipien, auf welchen die Politik und die Presse der Arbeiterparteien beruhen muß. Sie verirren sich in Widersprüche und geraten in geschwächte Positionen, wenn sie, veranlaßt durch vorübergehende Ereignisse, jene Grundsätze aufgeben.

Wie sehr Bernstein im Rechte ist, wenn er das Vorhandensein der Arbeiterpartei als ein bedeutendes Gegengewicht gegen kriegslüsterne Bevölkerungsschichten in Rechnung setzt, beweisen die Auslassungen der großen Presse, des Grafen Pfeil und sogar offiziöse deutsche Rundgebungen, die diesen Faktor in Frankreich, Rußland und Oesterreich stets in Betracht ziehen, wenn sie auch im Deutschen Reich noch schweigend darüber hinweggehen. Und daß in der englischen Arbeiterschaft die internationalen Gedanken Wurzel gefaßt haben, beweist die Aufnahme, die Bernsteins ähnlich gehaltenen Vorträge in den Arbeiterversam-

Im alten Mädchen zu Weimar.

Von Helene Böhlau.

(Nachdruck verboten.)

Und jetzt brach ein Schmerzstrom los — bei diesen Worten, so unaufhaltsam, so wild — so jammervoll. Ludschewadel stand still und blaß und ließ es vorübergehen. Als die Gewalt nachließ, sagte sie: „Nimm das zurück!“ „Nimm das zurück!“ jammerte das arme Geschöpf. — „Mir ist's ja gleich, wer ihn erschoss — wenn er tot ist!“

„Du sollst's nicht denken — Du darfst nicht“, sagte Anne fest. — „Er ist's nicht, so wahr Gott lebt. Sage es selbst, daß Du's nicht glaubst!“ Schimpfperlein starrte sie an — und blickte in die entschlossenen traurigen Augen!

„Was Du willst, Ludschewadel: Er hat es nicht getan!“ „Er hat's wahrlich nicht getan!“ sagte Ludschewadel festlich. — „Er ist ein Mensch so frei und gut wie Gold — so einzig gut!“ — „Siehst Du, wie kein Mensch auf der Erde, so klug und brav.“

Ludschewadel rann die Tränen über die bleichen Wangen, und sie stand still und rührend da. „Gib mir jetzt Deine Hand und sag mir, daß Du nichts tun willst ohne mich und daß Du alles tun willst, was ich Dir sage.“

Da legte das arme Mädchen die Hand in die der Schwester. „Ich will nicht, daß Du stirbst — Ludowika. — Aber ich will vor allem nicht, daß der Vater es erfährt — das wäre schlimmer als der Tod!“

„Ich geh' jetzt — und Du sprich mit keinem Menschen — auch wenn die Mutter kommen sollte — kein Wort.“ „Kein Wort“, antwortete Schimpfperlein und sah durch Tränen auf die Schwester — und wagte nichts zu fragen und zu sagen.

Anne Ludschewadel ging leise die Treppe hinauf — und leise nach dem Saal, in dem der tote lag. Die Tür stand auf und sie blieb auf der Schwelle stehen.

Der tote lag im grauen Morgenlicht in seinen weißen Luchern. Die beiden Lichter ihm zu Säupten glommen qualmend, tief herabgebrannt. Der Saal war an den Leuchtern in großen Partien herabgefallen.

Genrich Strobel, mit dem Kopf an einem der Fensterbänke geküßt, das straffe Haar zerwühlt wie in Zittern abstehend, sah ganz in sich versunken mit geschlossenen Augen.

Daß er nicht schief, gewahrte Anne an seinem tiefen Stöhnen.

„Genrich“, flüsterte sie von der Schwelle aus über den Toten hinweg.

Genrich Strobel stand auf und kam auf sie zu. „Was willst Du, Anne?“ sagte er und sah auf sie mit einem lebestraunem Blick.

„Komm mit Genrich.“ Er ging mit ihr und sie traten miteinander zum Hause hinaus und gingen in dem grauen Morgenlicht ohne zu sprechen vorwärts. Der Nebel lag dicht und kalt an den nassen gelben und braunen Bäumen an.

Genrich hatte ihre Hand gefaßt. — „Willst Du sprechen, Anne?“

Sie sah ihn an, wie jemand, der schon mit dem Tode ringt, sprechen möchte und nicht kann — und sie gingen weiter Hand in Hand — und wagten sich nicht anzusehen.

„Was ist denn, Anne?“ sagte er. Da standen sie bei den drei Kiefern, von denen sie so oft gesprochen.

„Jetzt sind wir unter den verfluchten Bäumen“, meinte Genrich Strobel, „nun sag, was Du zu sagen hast! Du willst mit dem Unglücksvogel nichts mehr zu tun haben. Mach's kurz. — Ich weiß schon.“

„Genrich!“ rief sie angstvoll. Sie schlang die Arme um seinen Hals und weinte an seiner Brust und weinte und weinte.

Jetzt hob sie den Kopf und sah ihn an und faßte seine beiden Hände. — „Gott hat den Toten zwischen uns gedrängt“, sagte sie langsam, — „und wagte etwas anderes, Genrich.“

Er stand stumm und sah und düstler vor ihr. Sie sagte mit Worten, was er am Abend unter diesen traurigen Bäumen, als er bei seinem Herzbruder Wache hielt, gedacht hatte.

Die beiden treuen Menschen hielten und trugen miteinander das Schicksal, das über sie hergefallen war. — Sie trugen eine schwere Last — und dachten nicht daran, sie abzuwerfen, abzuschütteln, was abzuschütteln war.

Und ob er zehnmal unschuldig war, daß der frische, leichtsinnige Geißel jetzt unter den weißen Luchern als Laster lag — durch ihn war es doch geschehen!

Sie schauten einander in die traurigen Augen und verstanden einander. — Sie hatten nicht zu reden gebraucht, dachten dieselben Gedanken, — fühlten dieselbe Qual und die düstere Stunde war die Krone ihrer Liebe. — Sie waren eins — ganz eins, für immer eins.

„Was noch, Anne?“ — Du sagtest — —.“ Er legte ihr den Arm um die Schulter und zog sie dicht zu sich heran.

„Anne.“ — Und wie ein Schredenslaut rief er fassungslos: „Deine Schwester...“ Weiter sprach er nicht. Er schaute sie an, fragend — wissend. Er sah ihr bis auf den Grund ihrer Seele, bohrte seinen Blick in ihre Augen.

„Genrich!“ Und leise wie ein Tränenstrom rang sich die traurige Gesicht der Schwester ihr vom Herzen.

Das arme, gute Mädchen stand wie ein abgegebener Geist. Alles war von ihr gefallen, alles Fröhliche, Hoffnung und Liebe und jedes Lebensglück. — In ihren Augen war eine rührende Entfugung ohnegleichen zu lesen.

„Genrich!“ Sie sank vor ihm in die Arme und hob die gefalteten Hände hoch zu ihm empor.

„Kette uns, Genrich.“ Dem hageren Gesellen mit dem struppigen, aufstrebenden Haarbüschel liefen die hellen Tränen über die fahlen Wangen, als er sie so vor sich knien sah.

„Mach sie zu Deiner Frau, Genrich. — dann sind wir gerettet! — Nur dann. Wenn der Vater es erfährt! Du weißt doch, der Vater!“

So in Todesangst sprach und kniete sie da. — Und er hob sie nicht auf. Er ließ sie knien, starrte auf sie hin wie im Traum.

„Anne, mein Weib!“ schrie er auf. Sie hielt noch immer die gefalteten Hände hoch.

„Kette uns, Genrich — rette uns! — Wenn der Vater es erfährt!“ Sie wußte nichts mehr zu sagen. Sie fand die Worte nicht.

Und so kniete sie und hielt immer die gefalteten Hände hoch und sah auf seine Lippen. „Genrich! Genrich!“

(Fortsetzung folgt.)

lungen in Gladbach und Edinburgh sowie auf dem Par-
telsage der unabhängigen Arbeiterpartei fanden und von
denen die Parteipresse bereits berichtet hat. Gerade diese
Beispiele der internationalen Verständigung des englischen Pro-
letariats lassen die ungläubige Haltung des Genossen
Leitner ebenso unangenehm erscheinen als den Ueber-
parteilastismus Nordmans und Blatchfords.

Wir fürchten von diesen Entlassungen einzelner Ge-
nosser weniger eine Vermehrung im eigenen Lager als eine
Irtführung der Arbeiter und eine unwillige Lieferung
von Material für die militärische Partei der jeweils „feind-
lichen“ Länder. Kürzlich behauptete ein hiesiges Blatt:
„Das sozialdemokratische Zentralorgan in Wien scheint nun-
mehr ganz und gar im Dienste der panlawistischen Be-
wegung zu stehen. Nachdem die sozialdemokratische Partei
im Abgeordnetenbause alles getan hat, um die Sache
Serbiens zu führen und der auswärtigen Politik der
Monarchie Schwierigkeiten zu bereiten, setzt in den Parla-
mentsferien die Wiener „Arbeiterzeitung“ dieses Geschäft
fort. Diese Haltung der „Arbeiterzeitung“ läßt wiederum
erkennen, daß die sozialdemokratische Partei Oesterreichs voll-
ständig unter dem Einflusse der tschechischen Genossen steht.“
Nun ist zwar gerade derselbe Leitner, der die an deutschen
Gauvorkämpfern anhängenden Monatsheft-Artikel schrieb, auch
Auslandsredakteur der „Wiener Arbeiterzeitung“. Der Stroh-
schäfer „Sozialistische Zeitung“ geht also in diesem Falle gründe-
los daneben. Aber wir haben jedenfalls keinen Anlaß, den
Ueberparteilastern irgend eines Landes Nahrung zu
geben, das tut aber Leitner für die enklischen Spindler
für die deutschen. Deshalb ist die Gegenüberstellung Bern-
stein in jeder Beziehung erfreulich.

Politische Uebersicht.

Zum Stande der Reichsfinanzreform verläuft
weiter, daß sich in der letzten Sitzung der konservativen
Fraktion nur 12 Abgeordnete für eine Erbschaftsteuer er-
klärt haben sollen. Die große Mehrheit der Fraktion ver-
harrt also in ihrem „antinationalen“ Widerstande. In diese
Richtung richtig, kann gibt es keine Wahrscheinlichkeit für die
Erbschaftsteuer, sondern die Regierung muß bei der Ent-
scheidung über den „kommunistischen“ Steuerentwurf auf die
Hilfe der von ihr beschimpften und verfolgten Sozial-
demokratie rechnen. Den sozialdemokratischen Abge-
ordneten würde aber das Erbschaftsteuergesetz durch die geplante
Verstümmelung jedenfalls nicht annehmbarer gemacht wer-
den. Auf der anderen Seite können sich die verbündeten
Regierungen sagen, wenn schon diese Steuer nur
mit Sozialdemokraten, Freisinnigen, National-
liberalen und Bruchteilen anderer Parteien gemacht
werden kann, dann darf man bei der Aus-
gestaltung der Steuerfrage schon etwas
berghafter zugreifen. Wie die Dinge heute
liegen, können sie der Erbschaftsteuer nur dadurch zu
sicheren Annahme verhelfen, daß sie diese Steuer, statt sie
den Agrariern zuliebe zu verstümmeln, gehörig ausbauen
und verbessern. Tun sie das nicht, dann kann es
ihnen leicht passieren, daß sie sich zwischen zwei Stühlen auf
die Erde setzen.

Die Mehrheit der konservativen Fraktion beschloß, durch
ihre Mitglieder in der Finanzkommission einen Antrag
Dr. Kosside und des Grafen Westarp einzubringen, an
Stelle der Vorlage über die Nachlaß- und Erbschaftsteuer
eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die zum Gegenstand hat
die Besteuerung des Wertzuwachses bei Im-
mobilitäten und Wertpapieren, ferner als Eo-
ventualvorlage hierfür einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, nach
dem das Reich einen Umsatzstempel auf den Verkauf von
Immobilien legt, und wodurch zugleich der Umsatzstempel
für Wertpapiere eine entsprechende Erhöhung erfährt;
schließlich entsprechende Eoventualvorlagen zu machen, die
diese beiden Steuerentwürfe zweckentsprechend mit einander
verbinden.

Der Kampf um die Liebesgabe. Im neuen Brannt-
weinsteuergesetz soll die Liebesgabe aufrechterhalten bleiben.
Voraussetzung für die Möglichkeit der Gewährung von Liebes-
gaben ist die Kontingentierung (Begrenzung) der Produktion.
Was innerhalb des Kontingents gebraut wird, zählt fünftig
115 M., was über das Kontingent hinaus gebraut wird,
zählt 135 Mark Verbrauchsabgabe. Gewerbliche
Brennereien haben überhaupt kein Kontingent; sie
müssen ihre ganze Produktion mit 135 M. versteuern. Diese
Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien beruht auf
der Annahme, daß die landwirtschaftlichen Brennereien im
Interesse der Hebung der Landwirtschaft nötig sind. Der
Kartoffelbau soll in gewissen Gegenden nur dann rationell
sein, wenn aus den Kartoffeln Spiritus erzeugt werden kann.
Es soll also in erster Linie der kartoffelbauenden Landwirt-
schaft geholfen werden. In der Sitzung der Steuer-
kommission vom Donnerstag stellte nun ein polnischer
Abgeordneter fest, daß oft landwirtschaftliche Brenner zum
Nebenbau übergehen, und dann zu Brennereien Kartoffeln
kaufen. Dafür bekommen sie dann noch die Liebesgaben,
obgleich sich der Betrieb von einer gewerblichen Brennerei
überhaupt nicht mehr unterscheidet. Diese Feststellung war
den in der Kommission sitzenden Schnapsbrennern höchst un-
angenehm. Sie behaupteten nun, daß von dieser Gefügig-
keit die benachbarten Landwirte Vorteil haben, die keine
eigene Brennerei besitzen und nun doch ihre Kartoffeln gut
verkaufen können. Auf diese Anrede fiel natürlich niemand
hin. Die agrarischen Wünsche erlitten insofern Schiff-
bruch, als das bisherige Kontingent bis 1911 in Geltung
bleibt; dann tritt von fünf zu fünf Jahren eine Re-
gelung ein.

Das Geld zu haben ist. Die Gemeinde Gaarden
bei Kiel hat den schlesischen Landbesitz an der Eggenberger
Landstraße für 550 000 M. gekauft. Vor 25 Jahren erwarb
der Vater des letzten Besitzers die Landstelle für 12 000 M.
Das ist eine Wertsteigerung um fast 5000 M.

Projekt binnen 25 Jahren. Herr Schumann ist ein
halber Millionär geworden, indem er ruhig da saß und zusah,
wie fleißig die Leute in Kiel und Gaarden arbeiteten und
sich vermehren, wie die Städte wuchsen, und wie das Reich
immer neue Anlagen schuf. Andere waren tätig und gaben
Geld aus, Schumann aber erntete. Sei im Grundbesitz,
und du hast den Wertzuwachs! Wird aber die Einkommen-
steuer, dieser gerechtesten aller Steuern beantragt,
dann schreit der Kommunalreform in den meisten Städten,
auch in Kiel, Jetermordio. Die Vorkommnisse von Gaarden
miederholten sich natürlich in allen entwicklungsreichen
Gemeinden. Und ist erst kürzlich ein Fall bekannt geworden,
wo sich in Naugrund vermarktes Ackerland in 50 Jahren
von 900 M. auf eine Viertelmillion steigerte und das ist
sicher noch nicht die kräftigste Steigerung im Reichsbilde von
Breslau.

Ueber Steuerfrage und Wahlrechtskampf
macht die „Kreuztg.“ bemerkenswerte Ausführungen. Sie
schreibt u. a.:

Die Steuerreform ist nur ein Vorzeichen zum größeren Kampf
um das verfassungsmäßige Wahlrecht, nach dessen Fall die Demokratie
im Reich vollständig wäre. Der heutige Aufmarsch der Parteien
würde sich dann wiederholen. Die rechten Intellektuellen, Professoren,
Kaufleute, Beamten, Lehrer, die mit Partei den Besitz besitzen
sollen, werden auch in Sachen der Wahlreform auf die linke Seite
fallen. Handelt es sich doch wieder um ein Vorrecht des
Besitzes . . . Steuerfragen und Wahlrechtsfragen gehören
zusammen.

An diesen Ausführungen des Internationalen Blattes ist viel
Nichtiges. Jedensfalls wird der Kampf um das gleiche Wahlrecht
in Preußen sofort nach Erledigung der Reichsfinanzreform in
größerer Schärfe als je zuvor wieder entbrennen. Und heute
sind schon rechte Kräfte, die sonst nicht im sozialdemokratischen
Lager stehen, für diesen Fall auf dem Boden der sozialdemo-
kratischen Forderung. Ob die Parteien dem gehören, wissen
wir nicht, mit diesen Kräften hat die „Kreuztg.“ bessere
Verbindungen als wir. Wenn sie recht hat, kann es uns
nur angenehm sein.

Der Reichstag behandelte am Donnerstag einen
freisinnigen Antrag der zehn gemäß einem persönlichen Mißbrauch sich
einmal befristeten, sondern nur eingeschränkt will, den die wegen ihrer
unerschütterlichen Steuermoralität fast allgemein bekannten agrarischen Partei-
schneider mit den Einkommensteuern treiben. Die Genossen Eidelund
und Stolle und die Freisinnigen Volpert und Günther fruchtlos
diese Methode als das, was sie ist, während der langjährige Kol-
wed, der frühere Erbschaftsteuer Graf Ramin u. d. der Freier
v. Camp von Wahren sich für den Fortbestand des Unlugs be-
gehrten. Der höchste Nationalliberal Weber, ein Bankier aus
der Provinz, brachte mit kommunistischer Leidenschaft einen Antrag
ein, der wider dem Schein eines gewissen Entgegenkommens gegen-
über freisinnigen Wünschen den Vorkurs alles läßt, was sie haben.
Mit dieser nationalliberalen Vermählung wurde die freisinnige
Finanzkommission anempfohlen. Die Sitzung brachte einen
Stark nach Friedrichstraße schredenden Witz Gamaß, bei dem wahr-
scheinlich Herrrens feuchtes Trommel ein unheilbarer Sprung
erhalten hat. Am Freitag stehen die Justizverträge zur Beratung.

Arbeitsruhe am 1. Mai eine Gefahr für die öffentliche
Sicherheit, das ist der Sinn eines ablehnenden Beschlusses, den der
Kielar Polizeipräsident auf das Gesuch des sozialdemokratischen Ver-
eins in Kiel, einen Manifestzug zu genehmigen, erteilt hat. Das
merkwürdige Dokument lautet:

Auf Grund des § 7 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April
1908 wird die Genehmigung zu dem von dem sozialdemokratischen
Verein in Kiel am 1. Mai dieses Jahres geplanten Manifestzug ver-
weigert, weil durch denselben nach Lage der Verhältnisse eine Gefähr-
dung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist. Es würde sich
um einen Manifestzug mit geringer unbegrenzter Teilnehmerzahl — der
sozialdemokratische Verein zählt etwa 5000 Mitglieder — handeln,
der mit Rücksicht auf den für denselben gewählten Tag den aus-
gesprochenen Zweck hat, gegen die bestehende Staats-, Gesellschafts-
und Arbeitsordnung zu demonstrieren. Die Verhältnisse eines
solchen Demonstrationstages, der geeignet ist, den Wider-
spruch der anderseits nichtigen Menge herauszu-
fordern, und an dem voraussichtlich eine Menge Personen
teilnehmen würden, welche an diesem Tage ohne Einverständnis
mit ihren Arbeitgebern die Arbeit einstellen und nicht nur diese,
sondern auch ihre nichtleitenden Arbeitsgenossen schädigen, läßt be-
fürchten, daß er Gelegenheit zu Reibungen und
Ausbrechungen zwischen den einander gegen-
überstehenden Parteien und somit zu einer Gefährdung
der öffentlichen Sicherheit geben würde.

Der Kielar Polizeipräsident vermutet demnach einen Ueberfall
der Genossen auf die Manifestanten und will sie in zarter Fürsorge
vor solchen Gewalttaten schützen. Die Kielar Genossen schätzen sich
aber viel lieber selbst.

Die Rechte der Stadterordneten. Das Tiefbauamt in
Frankfurt a. M. hat dieser Tage einen Erlaß herausgegeben,
der den Beamten und Angestellten Straßenschilder, den Stadter-
ordneten Anstalten über dienliche Vorkänge zu erteilen. Mit
diesem Erlaß hat sich am gegnerischen Dersitz die Stadterordne-
rerversammlung in einer ziemlich stürmischen Sitzung beschäftigt.
Weber hat aller Parteien sprachen sich gegen den Erlaß aus. Es
wurde schließlich ein Antrag angenommen, weshalb die Stadterord-
nererversammlung den Erlaß bedauert, weil er geeignet ist, das An-
sehen der Stadterordneten herabzusetzen und der Magistrat ersucht
wird, das Tiefbauamt zu veranlassen, den Erlaß zurückzunehmen.
Der sozialdemokratische Redner sprach aus, daß dieser Erlaß
wohl einzig in Deutschland dastehe. Es werde sich noch kein
Magistrat herausgenommen haben, in so schroffer Form gegen
Stadterordnete vorzugehen.

Sozialdemokraten und militärische Straf Abteilung.
Durch die kürzlich erlassene Freie war die Nachricht verbreitet worden,
daß kein Strafkorps eine neue Straf Abteilung eingerichtet werden
soll, der letzte Warnschreiben überwiesen werden sollen, die wegen
Tiefbaus und anderer Vergehen bestraft worden sind oder sich
sozialdemokratischer Umtriebe schuldig gemacht haben.
Dagegen wird nun amtlich erklärt, daß letzteres nicht richtig sei;
beim dieser Strafabteilung sollen nur Mannschaften des Verlaubten-
standes der Gabelle überwiesen werden, die gänzlichlich wegen solcher
Vergehen bestraft worden sind, die anwesendhaft eine solche Ge-
staltung zulassen. Das politische Vergehen von Sozialdemo-
kraten eine solche Gestattung nicht voranzusetzen, steht aber selbst die
Militärbehörde ein.

Das Veranlagungsmaterial des Reichstages. Die letzten
berausgegebenen Uebersicht über das Material, das noch seiner Er-
ledigung durch den Reichstag harzt, umfaßt 5 Gesetze, die noch nicht
einmal die erste Lesung passiert haben, 21 Gesetze, die teilweise noch
in der Kommission sind, teilweise der zweiten Lesung harzen. Dazu
kommen diese Dinge Rechnungen, Berichte und Uebersichten. Kom-
missionen haben im ganzen 37 gehabt. Ferner harzen der Erledi-
gung eine Interpellation, 13 Resolutionen, 15 Bepflanzungen, eine
Antrag von Petitionen und an 29 Antragsanträge, 14 konservative,
23 nationalliberale, 17 freisinnige, 18 sozialdemokratische, 7 frei-
sinnige, 19 polnische, 19 antinationalistische Initiativ-Anträge u. d. d.
Erledigung. Neben diesen Initiativ-Anträgen sind von den Parteien
18 Gesetzesentwürfe eingebracht worden, die ebenfalls noch nicht in
Angelegenheit erledigt; namentlich unter den Initiativ-Anträgen

sind solche, die schon auf ein recht erhebliches Alter zurückzuführen
können.

Städtische Arbeitslosenversicherung in Berlin. Unter
dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Rickner fand am Mittwoch,
den 21. April, eine Sitzung der gewählten Deputation zur Vor-
beratung des Antrages über die Errichtung einer städtischen Arbeits-
losenversicherung statt. Nach längerer, eingehender Beratung wurde
beschlossen, zunächst Berichte über die in anderen Staaten, Kom-
munen usw. eingeführten verschiedenen Versicherungssysteme einzu-
fordern. Mit der Verichte faltung über diese verschiedenen Ein-
richtungen wurden Stadtrat Fischel sowie die Stadterordneten
Goldschmidt (frei.) und Dupont (kon.) betraut.

Herr Wilow und der Reichsverband. Neben dem Pro-
fessor Ernst Levy von Halle entfaltete auch der Reichsverband gegen
die Sozialdemokratie eine lebhafte Tätigkeit um für den Fall des
Wilow-Kommunikationsverhältnisses zu bringen. Der Reichs-
verband Hagmann hat dieser Tage in einer Reichsverbandssamm-
lung in Köpenick gesprochen und eine Kundgebung an der
Königsplatz veranstaltet. Herr Wilow hat dem Reichsverband,
er ihm schon so wichtige Dienste geleistet hat, telegraphisch gedankt
und die ganze Aktion wird in aller Breite in der „Norddeutschen
Allgemeinen“ rezipiert.

Preussische Länderepolitik. Der Ueber Wind aus Dan-
nitz bei Prinsburg wurde der Regierung denunziert, weil er bei der
Kriegsereignisse dänisch gewöhnt und den Dänen dadurch zum
Gutverholfen habe. Darauf er setzte seine Strafverfolgung
nach Altona, die auch bei den vernünftigen deutschgesinnten Gemüthern
erhebliches Aufsehen erregte. Selbst die nationalliberalen „Hans-
bürger Nachrichten“ ließen sich dazu schreiben:

„Die Verhörung des Kaisers Wind, der daselbst 32 Jahre
in freieschwerer Tätigkeit gewirkt hat, erweist in allen seinen
innigen Teil ohne, erweist sich genannter Herr doch der Verehrung
und Liebe aller Einzelwesen. . . Diese Maßregel der zuständigen
Behörde kann unteres Erachtens durchaus nicht gebilligt werden,
denn einerseits war die Wahl keine politische und andererseits wird
sich schwerlich ein Mann wie er finden, der den Gegensatz zwischen
Dänen und Deutschen so zu überbrücken wußte, daß dieser fast nie
zum Ausbund kam.“

Diese Maßregel wird also das Gegenteil von dem er-
reichten, was die Regierung wünscht. Der gemäßigteste Zweck hat
einen schmerzhaften Urlaub angetreten und will sich dann
pensionieren lassen.

Turnhallen für Arbeiterkinder. Unter der Spitzmarke
„Parteilosigkeit“ im Stadtparlament berichtet das „Berliner
Tagblatt“: Die Pächter der Stadterordneten-Versammlung trat
in ihrer Sitzung in offenen Gegensatz zum „agitat“. Die
Sozialdemokraten hatten den Antrag gestellt, die städtischen
Turnhallen allen Turnvereinen ohne Unterschied ihrer Richtung offen-
stehen zu lassen. Dieser Antrag wurde durch die konservativen
Vandtagsabgeordneten, befruchtete diesen Antrag und brachte,
daß der Magistrat es für seine Pflicht halte, den sozialdemokratischen
Beschreibungen in jeder Weise entgegenzutreten und es abzulehnen, die
Umsatzsteuer durch Gewerbe städtischer Räume für den der
Sozialdemokratie nahestehenden Arbeiterturnverein zu erhöhen.
Die Ausführungen des Abgeordneten wurden ebenso von frei-
sinniger wie von sozialdemokratischer Seite scharf kritisiert.
Es sei zu erwähnen, daß der Bürgermeister sich auch im Stadt-
parlament nur als konservativer Parteimitglied. Die städtischen
Turnhallen müsse allen Turnvereinen ohne Parteunterschied offen
stehen. Nach langen, teilweise recht erregten Debatten nahm die Ver-
sammlung mit 25 gegen 19 Stimmen den Antrag an. Die frei-
sinnigen stimmten mit den Sozialdemokraten.

In Breslau ist es bekanntlich der freisinnige Bürger-
meister, der den Arbeitervereinen die Hallen entzog und freisinnige
Stadterordnete jubelten ihm dabei zu.

Zur Tabaksteuer. Tabak-Engrosbändler verbreiten ein
Zirkular, in dem eine Nachvervollung und -Vollendung des Tabaks
für ganz unmöglich hinreichend wird. Demgegenüber will die
„Deutsche Tageszeitung“ erfahren haben, daß die Verbündeten Re-
gierungen nach wie vor entschlossen seien, eine Verminderung der
Ertragssteuern der besichtigten Tabaksteuererhöhung durch irgend welche
Nachsicht nicht zuzulassen; und sie werden im Reichstage, wo
der Tabakverein an Sympathien nicht gerade gewonnen hatte, wohl
sicher die nötige Unterstützung finden.

Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird zur gleichen Frage
von einem Fachmann mitgeteilt, daß wohl eine Sperre oder Nach-
vervollung der bereits in den Fabriken, also im Inlande befindlichen
Materiale stattfinden werde, aber eine Zoll- oder Steuer-
erhöhung auf das Rohprodukt, nicht auf das fertige Fabrikat,
überprüfen könne, gleichviel, ob es sich noch beim Fabrikanten oder
schon im freien Verkehr, beim Händler, befindet.

Die Subkommission für die „Kreuztg.“ erklärt, sind im
Reichsamt zwei Vorlagen auszuarbeiten, entsprechend den in der
Subkommission gestellten Anträgen Dr. Wiemer (Faktorensteuer) und
Dr. Weber-Mommsen (erbhöhter Gewerbesteuer und erhöhte Steuer).

Kamarilla-Geschichten erzählt die „Nationalzeitung“. Dar-
nach soll einer der einflussreichsten Generäle am Berliner Hofe der
Kaiserin sein. Er sei es gewesen, der der Kaiserin Verhalten im Reichstage bei der Novemberkrise dem Kaiser
gegenüber scharf mißbilligte. Als Gegner der Nachlaß- oder einer
verwandten Steuer sei er es auch gewesen, der den Kaiser zu be-
zimmen wußte, gegen das Programm des Reichskanzlers Bedenken
zu haben. Die zögernde Haltung der Regierung werde in maß-
gebenden Kreisen vielfach auf das Konto dieses Beraters gelegt.
Wenn der Reichskanzler vor einigen Wochen vor die Öffentlichkeit
trat, um zu erklären, daß er auch „Royalist“ sei, so habe sich dies
Bestandnis lediglich auf die Worte des Fürsten zu Krusenstern ge-
richtet, der eben nichts unterlasse, um jede liberale Regierung des
Kanzlers zu unterbinden.

Budgetkommission und Reisekosten. Die Kommission be-
zieht eine Resolution Erzberger über Kanalisierung der Reisekosten;
man einige sich im allgemeinen dahin, daß nur die entfallenden,
tatsächlichen Ausgaben zurückvergütet werden sollen, damit es nicht mehr
vorkommt, daß ein Beamter 17 000 M. Umzugskosten verzeichnet,
wovon er vielleicht kaum die Hälfte wirklich verausgabt hat, wie das
bei Gouverneur Schuchmann der Fall gewesen. Schachsekretär
Sydow erklärt, er wolle prüfen, ob und wie weit die Aufschlüsselung
eine Herabminderung erfahren können. Er müsse sich aber erst mit
den Ressorts ins Benehmen setzen.

Die große Säge. Mit Wirkung vom 1. April wurden in
der preussischen Armee in den Ruhestand versetzt: 1 Generalleutnant,
4 Generalmajore, 6 Obersten, 4 Oberleutnants, 14 Major, 8
Hauptleute, 10 Oberleutnants und 17 Leutnants. Diese Ver-
setzungen der Armee bekommen die Steuerzahler am Geldbeutel zu
spüren.

Eine seltene Wähler-Obstruktion. Der gewiß seltene
Fall einer Obstruktion bei dem Gemeindevorstand spielte sich
am 21. April in Saalfeld a. S. ab. Die Gemeindevorstandswahl
sah nicht aus, da als Protest gegen das reaktionäre meiningische
Behördenwahlrecht sich die meisten Wähler der Abstimmung ent-
hielten. Von 2559 Wählern machten nur 759 von ihrem Wahlrecht
Gebrauch. Die sozialdemokratische Partei hatte Wahlenthaltung
proklamiert. Da zur Gültigkeit der Wahl mindestens die Beteiligung
der Hälfte aller Wähler notwendig ist, findet am nächsten Dienstag
ein zweiter Wahlgang statt, an dem jeder Wähler — bei Androhung
von 3 M. Strafe — teilnehmen muß.

Ausland.

Die Türken in Verlegenheit.

Während die jugoslawischen Führer noch unentschieden be-
raten, ob sie dem Sultan zum Leben, vom Throne oder nur zu
einer vorläufigen Verbanngsreise verhelfen sollen, ist in ihrem
Rücken ein albanischer Aufstand ausgebrochen, der in dem von
Truppen entlassenen Prozedonten große Schwierigkeiten herozu-

Deutscher Reichstag.

246. Sitzung, Donnerstag, den 22. April, Nachmittags 2 Uhr.

Im Bundesrat ist von Reichmann Hollweg... Auf der Tagesordnung steht die Resolution...

Die Geltungsdauer der Einfuhrschleine... auf höchstens 3 Monate herabgesetzt wird...

Abg. Günther (freil. Vp.): Die Einfuhrschleine haben gerade den Charakter von Wert...

Abg. Speck (Zentr.): Der Identitätsnachweis wurde aufgehoben, weil er eine lästige...

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Es ist interessant, daß das Zentrum einen Redner vorschickt...

Herr Speck meint, wir haben billigere Getreidepreise als früher...

Aus aller Welt.

Schreckliche Folgen des Aberglaubens. Einen neuen Beweis für die tödliche Unwissenheit, in der Geistlichkeit und Adel...

Eine Luftschiff-Schule, entsprechend den Seemannsschulen, soll in Friedrichshafen am 1. Oktober ins Leben treten...

in Gunsten einer kleinen Minorität ausgeübt werden. Herr Speck...

Abg. Graf Rantz (kons.): Ich wundere mich, die Namen der Vertreter von Rönneberg...

Abg. Dr. Weber (nall.): Und ich begreife nicht, wie man als Freihändler solchen Antrag...

Abg. Gothein (freil. Vp.): Die klare Tatsache, daß die Einfuhrschleine eine Exportprämie...

Staatssekretär von Weismann-Hollweg: Die steigende Kurve des Hafers und Roggens hat auch die...

Abg. Freiherr von Gump (Nptr.): Die Zunahme unseres Getreidebestandes geschieht nicht auf Kosten...

Verhaftung eines Mädchenhändlers. Bei der Ankunft des Berliner Schnellzuges wurde am Mittwoch Abend auf dem...

Dollager in Flammen. Gestern früh kurz nach zehn Uhr lag man im Nordosten von Paris eine gewaltige schwarze...

Im Zustich über den Ozean? Im Staate New York hat sich soeben unter dem Titel „Europäisch-Amerikanische Luftschiff...

sich mit der Überweisung der Resolution an die Budgetkommission einverstanden.

Abg. Stoffe (Soz.): Im Jahre 1892 wurde der Identitätsnachweis für die Mühlen aufgehoben...

Abg. Gothein: Die konservativen Parteien, die hier ausgesprochene Interessen vertreten...

Im Abgeordnetenhaus

wurde am Donnerstag bei der Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats der Anstaltungskommission weiter von den Rednern...

Die Gewerbeordnungskommission des Reichstages

verhandelte am Donnerstag über die grundlegende Bestimmung des Abschnittes: Heimarbeit. Die Regierung hat hier...

Luftschiffausstellung in Frankfurt a. M. bestimmt, zu der Bruder nach Deutschland reist; hier soll auch das Personal für den...

Kreuzottern in Deutschland. Raum hat die warme Frühlingssonne das Erdreich angewärmt, als auch schon Nach...

Neben diesem Kreuzotternsegen müssen diese Gegenden weiter reichlich mit Mäusen gesegnet sein; denn die Mäuse...

lassen, welche fordern, daß die Werkstätten-Verleibsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so eingerichtet werden müssen, daß der Arbeiter so weit geschützt ist, als es die Natur des Betriebes gestattet. Der Wortlaut dieses Absatzes ist dem § 120a der Gewerbeordnung entnommen. Man hat aber die Worte: „und den Betrieb so zu richten“ fortgelassen, weil unter Regelung des Betriebes auch Regelung der Arbeitszeit verstanden wird. Der weitere Inhalt des Paragraphen entspricht dem Wortlaut der Absätze 2 und 3 des § 120a. Unsere Genossen wollen beantragen, einfach zu erklären, daß alle zum Schutze der Arbeiter erlassenen Bestimmungen der Gewerbeordnung auf die Heimarbeit Anwendung finden. Das Zentrum will in diesem Paragraphen den Wortlaut des § 120a aufnehmen und die Heimarbeit verbieten.

Die Beschränkung, daß Vorschriften nur für solche Gewerbe erlassen werden können, die mit bestimmten anderen Gewerben verbunden sind, ist schon in der vorigen Sitzung gestrichen worden. Die Debatte führte zu einer allgemeinen Aussprache über die Frage, ob durch Arbeiterschutz die Heimarbeit geschützt werden, oder ob ihnen ein Nutzen zugeführt wird. Die Reichstagen Ender's und Raumann und die National-Liberalen Merkel und Stresemann vertraten den Standpunkt, daß die Heimarbeit geschützt werden, und sie wollten die Heimarbeit nicht schädigen. Als sie hierauf von den Genossen, Stadtbagen und Wolkenuhr festgehalten wurden, traten Marx und Ender's einen Vorschlag an. Sie legten sie wollten Arbeiterschutz, aber schließlich werden sie dabei, alle Schutzvorschriften zu bekämpfen.

Das Zentrumsgewerke raten erst energisch für ihre Forderungen ein; aber Pöcher-Arnberg erklärte schließlich, daß sie bereit seien, in der zweiten Sitzung ihre Vorschläge zu mildern.

Die Regierung wehrte sich dann energisch gegen die Ansprüche, die der Regierung das Recht geben wollen, Schutzvorschriften zu erlassen. In einer Abstimmung kam es nicht.

Verbandstag

der Sattler und Portefeuller.

Am Dienstag voriger Woche begannen die gemeinsamen Verhandlungen der bisherigen Verbände der Sattler und Portefeuller. Zum Inhalt des Beschlusses, daß die General-Versammlung etwas geschaffen werde, was dauernden Wert habe.

Bei der Feststellung der Tagesordnung wird auf Antrag Weinschild den besoldeten Beamten des Verbandes Stimmentrecht gewährt.

Wum weist darauf hin, daß die Beratung des Statuts die wichtigste Angelegenheit sei, die den Verbandstag beschäftigen werde. Die Vorlage der Vorstände stelle ein Kompromiß dar: im Laufe der Jahre sollten Erfahrungen gesammelt werden. Auf Grund dieser Erfahrungen soll dann ein neues Statut aufgestellt werden. Der Sattlerverband habe während seines 20-jährigen Bestehens Erfahrungen gesammelt. Die die Portefeuller wohl nicht in gleichem Maße besitzen und die jetzt nur nach gemacht werden können. Das Ausschussmitglied für das Verbandsstatut verlangte, daß der Sattlerverband sein Statut zur Genehmigung einreiche, weil der Verband eine Verbandsorganisation sei. Deshalb müßten die Unterstützungen als freiwillige bezeichnen werden, sonst könnten dem Verbande die Streitigkeiten gefährdet werden und er würde als Gewerkschaft fertig. In der Vorlage sind 45 Mfg. als Wochenbeitrag festgesetzt, das ist weniger, als in den meisten anderen Gewerkschaften und bei den handwerklichen und ähnlichen Gewerkschaften. Der Redner acht auf die einzelnen Punkte ein, die in großer Zahl zum Statut gestellt sind. Sie behandeln besonders die Beitragshöhe, die lokalen Prägenze und die Unterstützungen.

Die Generalversammlung tritt hierauf in die Beratung der einzelnen Paragraphen ein. Zum Sitz des Verbandes wird Berlin gewählt. Ein Antrag, Offenbach dazu zu bestimmen, wird abgelehnt. Der neue Verband führt den Namen:

„Verband der Sattler und Portefeuller“.

In § 2 wird festgesetzt, daß sämtliche Unterstützungen freiwillig gewährt werden und daß den Mitgliedern kein künftiges Recht darauf zusteht. Eine sehr ausgedehnte Debatte entzündet sich bei der Festsetzung der Beitragshöhe. — Weinschild tritt dafür ein, daß die Beiträge mit den Lokaltaxen nicht mehr als 50 Mfg. betragen sollen.

Dasu wird folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Generalversammlung empfiehlt den Ortsvereinigungen, daß die Sorge zu tragen, daß die Mitglieder derartigen Gruppen, welche keine Beiträge zu den bestehenden Lokaltaxen einbringen, vom 1. Oktober 1909 vollberechtigte Mitglieder herzustellen sind, falls sie im Laufe des Monats Juli beitreten.

Als Wochenbeitrag wird hierauf gegen 8 Stimmen 50 Mfg. für männliche und 25 Mfg. für weibliche Mitglieder festgesetzt. Angenommen wird folgender Antrag:

In solchen Verwaltungsstellen, in denen der Zentralverband für bestimmte Gruppen einen Repräsentanten gestellung hat, haben die Mitglieder dieser Gruppen diesen nach denselben Bestimmungen zu wählen wie die Verbandsbeiträge.

Einzelmitglieder und Mitglieder der von dieser Bestimmung nicht betroffenen Gruppe können freiwillig der Lokaltaxe beitreten. Mitglieder, die dauernd erwerbsunfähig werden und dem Verbände mindestens drei Jahre angehören, haben einen monatlichen Beitrag von 10 Mfg. zu leisten. Sie erhalten dafür das Verbandsorgan und die Beihilfungsbeihilfe.

Eine Reihe von Anträgen werden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Die weitere Beratung befaßt sich mit dem Verbandsorgan. Wum führt dazu aus, daß die Gewerkschafts-Praxis ein Spiegelbild des deutschen Lebens bilden solle. Sie hat alle die Gehilfen interessierenden Fragen des Berufs zu behandeln und zur Popularisierung des Arbeiterrechts beizutragen. Auch den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens soll die Aufmerksamkeit zuwenden. Ein Gewerkschaftsblatt muß die Leser daran gewöhnen, daß sie sich nicht nur als Berufskollegen, sondern auch als Staatsbürger fühlen. Jedoch müssen stets die Berufsfragen im Vordergrund stehen. In den letzten Jahren ist bei der Gewerkschafts-Praxis eine Wendung zu beobachten gewesen, alle Gewerkschaftsblätter drängen dahin, mehr Berufskollegen zu werden. Auch unserer Zeitung wollen wir einen beruflichen Charakter geben und darum eine Fachbeilage einrichten. Wenn aber unsere Zeitung ihre Aufgaben erfüllen soll, dann muß sie achtungsvoll erscheinen. Heute erscheinen schon drei Viertel aller Gewerkschaftsorgane in kürzeren Zwischenräumen als nur alle vierzehn Tage. Die acht tägige Zeitung würde nur um 10 Mfg. pro Kopf und Jahr teurer sein.

In der sehr lebhaften Diskussion wird von einer Reihe von Rednern das acht tägige Erscheinen heftig bekämpft. In namentlicher Abstimmung wird mit 17 gegen 22 Stimmen das acht tägige Erscheinen beibehalten. Das Wort trägt den Namen „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“. Für die weiblichen Mitglieder wird die „Gleichheit“ beigesteuert.

Die Beratung des Statutes leitet Weinschild mit einem Vortrag über die Taktik bei Lohnbewegungen ein. Die Organisation müsse stets dafür sorgen, daß die Rasse gefüllt ist. Allerdings gibt das Geld allein nicht die Gewährung auf den Sieg, sondern die Opferbereitschaft, mit der es gegeben wird, ist sehr viel wert. Manche Kollegen meinen, wenn sie am Sonnabend 50 Mfg. in die Verbandskasse werfen, daß schon am nächsten Sonnabend drei Mark Lohnhöhung da sein müßte, sonst lauge die Organisation und ihre Leiter nichts. Der Redner sieht die Tarifverträge nicht als Friedensdokument an; im Gegenteil, sie sollen den Arbeiter ansporner, er soll nicht glauben, daß er sich während der Zeit des Tarifvertrages auf die Warte setzen kann. Tarifverträge sind heute nur Palliativmittel, auf die Verzögerungsstreue der Unternehmer darf man nicht bauen. Der Redner richtet sodann darüber, wie die Tarifverträge im einzelnen ausgearbeitet werden sollen.

Eine Debatte wird nicht beliebt; der Verbandstag tritt in die Beratung der Einküchensummen des Statutes ein. Wenn Lohnbewegungen eingeleitet werden sollen, und sie in der Regel vier Wochen vorher dem Hauptvorstande mitzuteilen. Bereits binnen nur genehmigt werden, wenn sie von den daran beteiligten Personen mit Zweidrittelmehrheit beschlossen sind. Bei einer Unterbrechung wird gewährt: Bei einer Mitgliedsdauer von mindestens 26 Wochen für männliche verheiratete Mitglieder 15 Mark, für ledige 13 Mark, für weibliche 8 Mark pro Woche; bei einer Mitgliedsdauer von mindestens 13 Wochen betragen die Sätze 12, 10 und 7 Mark. Außerdem werden für Kinder Zuschüsse gewährt. Bei einer Mitgliedsdauer von weniger als 13 Wochen wird für männliche Mitglieder 9, für weibliche 6 Mark gezahlt.

Sodann wird in die Beratung des Reglements für die Verwaltung von Unterstützungen und Rechtschutz eingetreten. Jedem Mitglied, das 52 Wochen dem Verbände angehört, kann eine Krankenunterstützung gewährt werden, die pro Tag 1 Mark beträgt und als Höchstsumme je nach der Dauer der Mitgliedschaft 30—66 Mark erreicht. An Mitglieder, die mindestens 52 Wochen dem Verbände angehören, kann eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden, die bei männlichen Kollegen 1 Mfg. bis 1,50 Mark pro Tag beträgt. Weitere Unterstützungen können gewährt werden bei Krankheitsfällen und in Todesfällen; außerdem wird bei Heberdelungen zu den Kosten eine Beihilfe gewährt. Die Bestimmungen zum Rechtschutz werden nach der Vorlage der beiden Verbandsvorstände erörtert.

Am letzten Verhandlungstage wird zunächst bestimmt, daß zum nächsten Gewerkschaftskongress ein Delegierter vom Zentralverband, einer aus Berlin, einer aus Offenbach und einer aus dem Ort entsandt wird, in dem der Kongress stattfinden soll. Ein Antrag aus Leipzig, dahin zu wirken, daß auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses die Frage der Verkömmerung sämtlicher Gewerkschaften zu einem allgemeinen Arbeiterverbande gesetzt werde, wird abgelehnt.

Zum nächsten Punkte, Wahlen, übernimmt Hagedorn den Vorsitz. Die Geschäftsliste wird wie folgt festgesetzt: Angestellte der Zentralverwaltung 2000 bis 3000 Mark, Orts- und Gewerkschaften 1000 bis 2000 Mark, in Orten mit über 200.000 Einwohnern erhalten sie 100 Mark Zuschuß, in Orten mit über 500.000 Einwohnern 200 Mark. Es wird ferner bestimmt, daß die alten Vorstände bis zum 1. Juli in Tätigkeit bleiben sollen, der Kassierer des neuen Verbandes soll schon am 1. Mai sein Amt antreten. Der Ausschuß soll dort hinstimmen, wo der Hauptverband seinen Sitz hat. Zum ersten Vorsitzenden wird Johann Plum, zum zweiten Vorsitzenden Weinschild gewählt.

wie Kräfteverfall, Unbestimmtheit u. s. w. an. Nicht jedermann ist dagegen so gefestigt, als jener Landmann, von dem Oberlehrer Eppler, Müller in St. Jakob, berichtet. Als Kamerad und Zuzüger in der Umgegend bekannt, wurde ich vor einigen Jahren aus dem Unterrichtsamt herausgeholt. Vor mir stand ein Mann, der mich grüßte, aber keine Kopfbedeckung aufhielt und mich fragte, ob ich wohl eine Kreuztorte gebrauchen könnte. Ich verneinte, da die Schule schon zwei Exemplare besaß. Da wir in der Fremde, entsetzte ich mich über das Tier doch einmal. Dabei nimmt er endlich die Mütze ab, und zu meinem Erstaunen sehe ich auf seiner ziemlich großen Nase eine ganz gehörige Kreuztorte liegen, die den Kopf bedeckt. Das Tier war beim Roden gefunden worden und der Mann hatte kein anderes Transportmittel als seine Platte gehabt. Mit den Worten: „Die ist mir nichts“ trakte er wieder ab.“ Beim Lager in der Kreuztortenangelegenheiten ist dabei die größte Vorsicht geboten. Wenn die Kreuztorte auch im allgemeinen feige ist, so gar vor dem Menschen nicht zu sein heißt, wenn sie getreten oder sonst angegriffen wird, so ist doch dem Wanderer als Schutz ein fetter Stiel und handfester Stiel zu empfehlen.

Die Dammkluft. Der Verdrängungsprozess der neuen Dammkluft hat die Schlacht auf große Kreise der Großstadt geworfen. Er hat wohl nie die Öffentlichkeit beschäftigt. Die tatsächlichen Reaktionen, denen in diesem eigenartigen Dammkluft geschickter wurde, sind in dem bekannten § 175 des Strafgesetzbuches nicht mit Strafe bedroht. Trotzdem hat dem Prozess im Auftrage des Berliner Polizeipräsidenten der bekannte Kriminalkommissar v. Trescow beigegeben, natürlich nur zu informativen Zwecken. Denn in dieser Hinsicht ist unabweisbar gebietet wie in den ähnlich gerichteten Fällen der Räumerei auch die Entschärfung der Straffung.

Es ist nicht selten, daß eine Frau mit homöopathischer Anlage, die als Heilerin, als Mutter oder gar Angehörte und Besessene die Schwachmütigkeit der Menschheit zu heilen sucht, von ihrer „Freundin“ nach allen Regeln der Kunst erpresst wird. Solche Fälle kommen häufiger vor, als man denkt, sie gelangen nur nicht immer durch eine Anzeige der Freundin zur Welt. Ein Fall, der vor etwa zehn oder zwölf Jahren in Berlin großes Aufsehen erregte, illustriert dieses Kapitel der Verführung am besten. Damals tauchte in der Berliner Gesellschaft eine kleine Ungarin auf, die sich Frau v. Hagen

nannte. In Wahrheit hieß sie Jaroslaw. Sie führte ein glänzendes Haus und in der Gesellschaft erregten ihre kostbaren Toiletten das größte Aufsehen. Aber niemand wußte, woher ihr die Mittel zu diesem Luxus zufließen.

Eines Tages wurde Frau v. Hagen verhaftet, und jetzt war das Bild ihres Reichtums gelöst. Die reiche Witwe eines Zerstörers, die im Süden Berlins Häuser besitzt, stand mit der glänzenden Ungarin in Berlin. Im Laufe weniger Monate hatte Frau v. Hagen von ihrer „Freundin“ nicht weniger als 200.000 Mark erpresst. Sie wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Berlin hat sie nie wieder gesehen. Die Gründung von Dammkluft, das Suchen nach einer Reifegeheimnis, das fortwährende Engagieren von jungen Dienstmägden — das alles hängt oft mit der Reizung gewisser Frauen zum größten Geheuchel zusammen.

Die Vergewaltigung des Oxyer von Haddob. In der Woche Haddob wurde die zehnte Leiche bei den Vergewaltigungen gefunden. Die Leiche befand sich in liegender Stellung in einem Hofraum, der zur Aufnahme von Handwerkszeug bestimmt war. Im Gegenwärtigen zu den bisher aufgefundenen neun Leichen zeigte diese keinerlei Brandwunden. Man nimmt daher an, daß dieser Vergewaltigte nach der Explosion noch gelebt und schließlich seinen Tod durch Erstickung gefunden hat.

Der Mord der Kaserne. In Freiberg (Sa.) erschoss sich ein auf Urlaub befindlicher Soldat vom ersten Leibregiment Nr. 100; er hatte kurz vor seinem Selbstmord seinen Angehörigen erklärt, daß ihn niemand wieder in die Kaserne zurückbringe.

Ein neuer Hauptmann von Köpenick. Ein Drahtbericht meldet aus Köpenick: Der 37-jährige Klempnergehilfe Wilhelm Gartz aus Neuwied, der zahlreiche westdeutsche und mitteldeutsche Städte dadurch unruhig machte, daß er als Offizier verkleidet in hochgestellten Familien und vornehmen Geschäftsmännern große Schwindelerlöse verübte, erhielt von der hiesigen Strafkammer wegen Betruges in 25 Fällen fünf Jahre Zuchthaus und 4000 M. Geldstrafe. Außerdem wurde Stellung unter Polizeiaufsicht angeordnet. Der rechte gewichtige Schwindler hatte wegen derselben Taten vor einigen Tagen in Köln eine größere Freiheitsstrafe erhalten und wird auch von Frankfurt aus wegen verschiedener Straftaten verfolgt.

Kassierer v. Hagen, Kommissar Müller, Kommissar v. Trescow u. s. w.

Es folgt die Beratung allgemeiner Anträge. Zur Lehrlingsfrage hat der Vorstand einen Entwurf ausgearbeitet, den W. inoffiziell begründet. Schon im nächsten Jahre soll eine Lehrlingsabteilung im Verbandsorgan gegründet werden, die den Lehrlingen in der geistlichen und körperlichen Ausbildung durch Nachhilfe, wissenschaftliche Belehrung und Pflege der Geselligkeit helfen soll. Ferner sollen sie bei Krankheit, in Todesfällen, bei Arbeitslosigkeit und auf der Reise Unterstützung erhalten können. Der wöchentliche Beitrag soll 10 Mfg. betragen. In der Diskussion wird die bereits bestehende Jugendorganisation für ausreichend gehalten. Als Tagungsort für die nächste Generalversammlung wird München gewählt.

Damit sind die Geschäfte der Generalversammlung erledigt. Wum weist zum Schluß auf die große Bedeutung hin, die dieser Verbandstag gehabt habe. In diese Sitzung schließt sich eine internationale Konferenz der Sattler und Portefeuller an.

Partei-Angelegenheiten.

Die stets beliebte Polizei. Wegen angeblicher Polizeibeleidigung wurde Genosse Schiffer als verantwortlicher Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ von der Strafkammer zu 100 Mark Strafe verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte 500 M. Schiffer hatte in der Zeitung geschrieben, wie ein Schutzmann einen betrunkenen Arbeiter mit dem Säbel zugerichtet hatte. In der Form war, wie selbst der Staatsanwalt anerkennen mußte, der Artikel einwandfrei. Von den 20 geladenen Zeugen wurden die Angaben des Anklägers auch im wesentlichen bestätigt. Das Gericht erklärte trotzdem, daß der Artikel nicht objektiv gehalten sei und erkannte auf obige Strafe. Dem Angeklagten den Schutz des § 193 zur Seite zu stellen, da er als Arbeiter das Recht habe, Polizeimaßnahmen zu kritisieren, lehnte das Gericht ab.

Eine Warnung vor dem Bauzeichner Franz Vekary, geboren am 16. Juli 1875 in Mako (Ungarn), der mit ungarischen Parteilegitimationen die Organisations- und Brandanschläge sucht, erläßt die „Mannheimer Volksstimme“.

Genosse Max Maurenbrecher wurde als Lehrer der freiwilligen Gemeinde in Nürnberg von den Nationalsozialisten zur Aufhebung des Amtes abberufen und übernimmt am 1. Mai sein Amt.

Ein glänzender Kommunalwahlsieger wurde bei den Kommunalwahlen in Frankfurt an den badischen Stadtwahl und in Ettlingen bei Karlsruhe erzielt. In Ettlingen wurden sechs Sozialdemokraten gewählt, und in Frankfurt siegte bei der Wahl die sozialdemokratische Liste vollständig. Vorher in der ersten Wahl hatte die Zentrumspartei gesiegt. Die Nachbarn der Zentrumspartei haben zur Ungültigkeitserklärung dieser ersten Wahl gekämpft. Bei der zweiten Wahl hat die sozialdemokratische Liste den Sieg davongetragen.

Verborener Mai-Iluzug. Der Polizeipräsident in Köln verweigerte die Genehmigung zu einem Mai-Iluzug wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Arbeiterbewegung.

Die Berliner Holzarbeiter und die Maifeier. Eine von ca. 2000 Berliner Vertrauensmännern des Holzarbeiterverbandes besuchte Versammlung beschäftigte sich am Mittwoch, den 21. April mit der bevorstehenden Maifeier. Wie der Vorsitzende Glöck unter anderem ausführte, ist bereits in Verwaltungs- und kombinierter Sitzung eingeleitet die Angelegenheit beraten worden, ebenso wie in Werkstatteversammlungen und Bezirken dazu Stellung genommen wurde. Der Redner empfahl im Namen der Verwaltung folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt, daß nur durch strikte Arbeitsruhe die Feier des 1. Mai würdig gestaltet wird. Sie machte es deshalb den Vertrauensleuten zur Pflicht, trotz der Ausperrungsbeschlüsse der Unternehmer auch in diesem Jahre wieder darauf hinzuwirken, daß die Kollegen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen.“

Diese Resolution wurde nach kurzer Debatte gegen vereinzelte Stimmen angenommen.

Der Streik der Zementarbeiter der Holsteinischen und Breitenburger Portland-Zementfabriken in Lägerdorf ist jetzt allgemein gemindert; es sind über 800 Arbeiter daran beteiligt. Der Betrieb auf den Vermöfen wird noch notdürftig aufrecht erhalten, doch fehlt es schon an Masse zum Brennen. Die Arbeiter haben jetzt ihre Forderungen präzisiert und fordern jetzt 10 Prozent Lohnzulage für die Brenner und 15 Prozent für alle übrigen Arbeiter pro Schicht. Das diese Forderung nicht unbillich ist, geht daraus hervor, daß die Arbeiter bisher pro Schicht höchstens 2,90 Mark verdient haben.

Die Streikenden haben beschlossen, dahin zu wirken, daß auch das Breitenburger Zementwerk eingestellt werde, und die Arbeiter aller Zementfabriken aufgefordert werden, nicht für die Holsteinischen und Breitenburger Portland-Zementfabriken zu produzieren.

Die Fabrikleitungen suchen überall Arbeitswillige. Zugun ist deshalb strenge fernzuhalten. — In Schlesien sucht der Buchhalter Lange Streikbrecher.

Von einem Löwen zerfleischt. Eine aufregende Szene spielte sich Mittwoch abend in einem Variété in Reichenberg in Böhmen ab. Dort gibt der deutsche Tierbändiger D. v. e. m. a. n. seit vier Tagen mit einer Löwengruppe Vorstellungen. Wie uns ein Privat-Telegramm meldet, wurde Havemann gestern abend während der Vorstellung von dem Löwen Turri überfallen, umgeworfen und durch mehrere Bißwunden in den Oberkörper schwer verletzt. Es gelang ihm mit knapper Not, den Käfig zu verlassen. Unter den Zuschauern entstand eine ungeheure Aufregung, die sich nur langsam legte. Havemann wurde in ein Sanatorium gebracht. Der Tierbändiger wurde bereits am 16. Oktober v. J. in Brüssel von dem Löwen Turri angefallen, wobei ihm der linke Oberarm oberhalb der Schulter zerfleischt wurde, daß er wochenlang das Krankenlager nicht verlassen konnte.

Mutterliebe. Eine wahre Geschichte von der Größe indianischer Mutterliebe wurde am Dienstag aus Port Arthur, Ontario, am Superior-See, gemeldet. Ueber 300 Kilometer nördlich von diesem Hafen entdeckte ein Trapper eine Indianerin in vollständig erschöpftem Zustande. Sie hatte eine Anzahl ihrer Kinder mit sich und erzählte dem Trapper, daß sie und ihre Kinder fast Hungers gestorben seien. Als sie dann das Gewimmel der Kinder, ihren Schrei nach Nahrung nicht mehr länger mit anhören konnte, schnitt sich die unglückliche Mutter Fleisch aus ihrem eigenen Körper, schlug ein Loch in das Eis des dort liegenden kleinen Sees und benutzte ihr Fleisch als Köder an ihrer Angelschnur, und es gelang der Indianerin, so viele Fische zu fangen, daß deren roh genossenes Fleisch in lange Hündchen, die Kinder und sich selbst vor dem Hungertode zu bewahren. In diesem Zustande fand sie der Trapper, der sie und die Kinder mit passender Nahrung versorgte und nach der nächsten Ansiedlung brachte, wo sich die Familie, namentlich die so aufopferungsfähige Mutter, nun langsam wieder erholt.

Im dem Leichensund in Mecklenburg. Die bei Hagenow in Mecklenburg gefundenen Leichenteile, die angeblich von einem Luftmord herrühren sollten, sind einem Privat-Telegramm zufolge durch die Untersuchung des Hygienischen Instituts in Hildesheim als Schweinefleisch festgestellt worden. Die mecklenburgische Staatsanwaltschaft hatte den mysteriösen Fund für so wichtig gehalten, daß sie die Berliner Kriminalpolizei ersuchte, einen Kommissar nach Hagenow zu entsenden. Darauf hat sich Kommissar Mundt nach der Stätte des „Verbrechens“ begeben.

Woch ein brennen seit 1 Tagen 2 Hitzge. Bei den Abdammungarbeiten ist am Mittwoch den 21. April ein Steiner, trotz Anwendung des Rauchhelmes, nicht. Nach Mitteilungen aus der Belegschaft ist der Tod des Steigers darauf zurückzuführen, daß die Rauchapparate, die erst am Dienstag in Gebrauch genommen wurden, nicht in Ordnung waren. Die Ursache des Brandes soll auf den im Kühlturm betriebenen Raubbau zurückzuführen sein. — Drei Steiger-Reviere mußten stillgelegt werden. Es wird beabsichtigt, den auf der 8. Sohle gelegenen Herd des Brandes unter Wasser zu legen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. April.

Geschichtskalender.

24. April.

- 1786 Der Dichter Karl Leberecht Zimmermann in Magdeburg ?
- 1877 Kriegserklärung Rußlands an die Türkei.
- 1907 Karl Liebknecht's Militärisch-musikrisis konfisziert.

Die Polizei gegen unseren Mai-Umzug.

Im Polizeipräsidium lagert seit langen Jahren ein Aktentück, das alljährlich um die Maienzeit hervorgeholt und dem sozialdemokratischen Parteisekretariat im Auszuge mitgeteilt wird. Darin steht dann, daß „aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ der Mai-Umzug der Arbeiterschaft zu verbieten sei. So gar diesmal, 1909, hat man wieder aus diesem Aktentück zitiert, aber dabei ist den Herrschaften aus der Ursulinerstraße ein drolliges Malheur passiert: Sie haben — übersehen, daß seit dem letzten schematischen Verbot das — neue Vereinsgesetz in Kraft getreten ist, das für solche Verbote die bisherige heuchelne Floskel von der „Störung“ ausschaltet und genau vorschreibt, daß Verbote nur statthaft sind, wenn eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit — nicht der Kaufschuß, „Ordnung“ — vorliegt. Nun aber lese man, was der Vertreter des verstorbenen Hienfo, der sich getreulich bemüht, den Geist des Verstorbenen dauernd zu galvanisieren, auf die Forderung eines Mai-Umzuges zu antworten weiß:

Beschluß auf die Eingabe vom 17. d. Ms.
Die zur Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges (Maiumzuges) des sozialdemokratischen Vereins am Sonntag, den 2. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr, nachgehende polizeiliche Genehmigung wird hiermit auf Grund des § 7 des Reichs-Vereinsgesetzes verweigert.

Der gesamte Massenaufzug würde für längere Zeit den Verkehr der Straßenbahnen, Omnibusse und sonstiger Fuhrwerke, wie auch der Straßenpassanten stören, wenn nicht zeitweilig ganz unmöglich machen und somit erhebliche Schädigungen, nicht nur für den einzelnen, sondern auch für das Gemeinwesen und für die Gesellschaft verursachen.

Der Aufzug soll ferner an einem Sonntage und inmitten einer der Bestrebungen und Zween der Sozialdemokratie zum weit überwiegenden Teil fernstehenden, den Sonntag hergebrachten in ganz anderer Weise feiernden Bevölkerung stattfinden. Es steht daher zu befürchten, daß derselbe Gelegenheit zu Reibungen und zu Ausschreitungen unter den einander schroff gegenüberstehenden Bevölkerungsschichten und somit zu Störungen der öffentlichen Sicherheit Anlaß geben würde.

Erwiesenermaßen haben sich hier wie anderwärts Teilnehmer sozialdemokratischer öffentlicher Straßenaufzüge und Ansammlungen verächtlicher Ausschreitungen schuldig gemacht und dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet. Die Annahme der Verübung von Ausschreitungen und der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gelegentlich des beabsichtigten Aufzuges ist daher begründet.

Z. V. F. r. o. f.

Das Parteisekretariat ließ noch an demselben Tage in einer Beschwerte an den Regierungspräsidenten der Polizei folgende Belehrung zuteil werden:

In einer Eingabe vom 17. d. M. habe ich den hiesigen Polizeipräsidenten ersucht, zu genehmigen, daß der sozialdemokratische Verein Breslau am Sonntag, den 2. Mai 1909, Vormittags 11 Uhr, einen Umzug veranstalten darf. Durch Bescheid vom 18. d. M. Ma. B. 1000/09 ist die Erlaubnis verweigert worden. Hiergegen erhebe ich Beschwerde mit der Bitte:

Die Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten aufzuheben und die Genehmigung zur Veranstaltung des Umzuges zu erteilen. Zur Begründung meiner Beschwerde erlaube ich mir folgendes auszuführen:

1. Es ist nicht richtig, daß der geplante Aufzug für längere Zeit den Verkehr der Straßenbahnen, Omnibusse und sonstiger Fuhrwerke, wie auch der Straßenpassanten stören, wenn nicht zeitweilig ganz unmöglich machen und somit erhebliche Schädigungen nicht nur für den einzelnen, sondern auch für das Gemeinwesen und auch für die Gesellschaft verursachen würde.

Der Umzug soll an einem Sonntag veranstaltet werden, also zu einer Zeit, wo von vornherein der Geschäftsverkehr ausfällt. Der übrig bleibende Verkehr ist sicher nicht so bedeutend, daß nicht neben ihm noch ein Umzug der Straßen durchziehen könnte, ohne Schaden herbeizuführen. Es wäre das um so weniger zu befürchten, da selbstverständlich die Teilnehmer sich nur auf einer Hälfte der Straßenbreite bewegen würden, wie das bei allen anderen Umzügen der Fall ist. Dann aber habe ich zu bedenken, daß als Weg zum größten Teil der äußere Stadtrand benützt werden soll, der nur für eine kurze Strecke eine Straßenbahn aufweist. Von einer Störung des Straßenverkehrs und einem dadurch entstehenden Schaden kann also gar keine Rede sein. Dieser Gesichtspunkt reicht auch nach dem Vereinsgesetz nicht aus, um die Gefährdung für die öffentliche Sicherheit zu begründen. Wie wenig er im übrigen bereits vor dem Vereinsgesetz vom 19. April 1908 als bedeutungsvoll von dem königlichen Polizeipräsidenten in Breslau angesehen worden ist, beweist wohl am besten die Tatsache, daß alljährlich zahlreiche Vereine Umzüge an Sonntagen veranstalten und selbst an Wochentagen bei verschiedenen Gelegenheiten nicht nur große Aufzüge durch die belebtesten Straßen der Stadt Breslau sich bewegen, sondern auch ganze Straßen hundentlang

binns viele Geschäftsleute schwere wirtschaftliche Schädigungen erlitten.

2. In dem ablehnenden Bescheide heißt es dann:
„Der Aufzug soll ferner an einem Sonntag und inmitten einer der Bestrebungen und Zween der Sozialdemokratie zum weit überwiegenden Teile fernstehenden, den Sonntag hergebrachten in ganz anderer Weise feiernden Bevölkerung stattfinden. Es steht daher zu befürchten, daß derselbe Gelegenheit zu Reibungen und zu Ausschreitungen unter den einander schroff gegenüberstehenden Bevölkerungsschichten und somit zu Störungen der öffentlichen Sicherheit Anlaß geben würde.“

Daß der Sozialdemokratie auch in Breslau ein Teil der Bevölkerung schroff gegenübersteht, ist richtig. Das allein kann doch aber die Verweigerung des Erlaubnis nicht rechtfertigen. Soweit bis jetzt Umzüge dieser der Sozialdemokratie feindlich gesonnenen Kreise festzustellen waren, ist nicht ein einziges Mal berichtet worden, daß die Sozialdemokraten sich Ausschreitungen zu schulden kommen lassen; es ist nie durch sie auch nur die geringste Störung vorgekommen. Nun, wo der sozialdemokratische Verein einen Umzug plant, sollen plötzlich Reibungen und Ausschreitungen drohen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird sie bestimmt nicht hervorrufen. Es verbleibt also nur der andere Teil, dem nun aber der Herr Polizeipräsident eine Gefährdung der Sicherheit auf den Straßen gewiß nicht zutrauen wird. Die Geschichte der Breslauer sozialdemokratischen Partei ist ein fortgesetzter Beweis dafür, daß durch ihre schon Ausschreitungen auf Straßen und Plätzen sich niemals zeigen werden. Die Verfürgungen des Herrn Polizeipräsidenten sind mithin durchaus unbegründet.

3. Es wird schließlich gesagt:
„Erwiesenermaßen haben sich hier wie anderwärts Teilnehmer sozialdemokratischer öffentlicher Straßenaufzüge und Ansammlungen verächtlicher Ausschreitungen schuldig gemacht und dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet. Die Annahme der Verübung von Ausschreitungen und der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gelegentlich des beabsichtigten Aufzuges ist daher begründet.“

Ich bestreite dies ganz entschieden. Weder am 21. Januar 1906, am 12. Januar 1908, noch am 31. Januar d. J. sind von den Sozialdemokraten Ausschreitungen begangen worden. Das beweist wohl am besten die Tatsache, daß in den Jahren 1906 und 1908 auch nicht eine einzige Festnahme eines sozialdemokratischen Straßendemonstranten vorgekommen ist. In diesem Jahre haben die Polizeibeamten eine Anzahl von Personen verhaftet. Über weshalb? Sie sollen „Nieder mit Wilhelms- und mit dem allgemeinen Wahlrecht!“ gerufen haben. Einem Manne wird ferner zum Vorwurf gemacht, daß er die Schüsse beleidigt hat, ein anderer soll Widerstand geleistet haben. Das sind doch gewiß keine Ausschreitungen, die die öffentliche Sicherheit gefährden. Hierbei ist noch zu bemerken, daß die aus diesem Grunde schwebenden Strafverfahren nicht abgeschlossen sind.

Ich kann auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Polizeibehörden in anderen Städten, wie Hamburg, Leipzig usw. sozialdemokratische Maiumzüge ohne weiteres erlaubt haben. Daß der Breslauer Polizeipräsident einen solchen Umzug auch erlaubt, wäre deshalb nur recht und billig und entspräche dem Geiste des Gesetzes, der eine gleiche Behandlung aller Parteien fordert.

Ich hoffe, daß der Herr Regierungspräsident danach entscheiden, die Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten aufheben und den Umzug genehmigen wird. Da die Zeit drängt, bitte ich, die Erledigung der Sache zu beschleunigen.

Im Namen
Herrn Regierungspräsidenten
zu Breslau.

Wie man aus diesem Schreiben erfieht, wird es dem Regierungspräsidenten nicht so leicht werden wie dem Herrn Frosch, das Verbot zu beurkunden. Er muß sich ja, etwas genauer an das neue Vereinsgesetz halten. Er wird sich auch die Korrekturen zum Vereinsgesetz herbeifohlen lassen und dann finden, daß darin unter anderem folgendes steht:

„Mit den Worten „öffentliche Sicherheit“ soll der beßbare Ausdruck früherer Vereinsgesetze „öffentliche Ordnung und Sicherheit“ durch eine präzisere Fassung ersetzt werden. (Komm.-Ver. S. 142.) Also kann die Gefahr bloßer Störungen der öffentlichen Ordnung, z. B. von Straßenaufmärschen, Pöbel, Unruhigkeiten der Gefühle der Mitbürger usw. nicht als Grund zur Verweigerung der Genehmigung gelten. Es muß vielmehr eine Gefahr für die „Sicherheit“ sein, d. h. für Leben, Gesundheit oder Eigentum. Diese Gefahr muß auch „öffentlich“ sein, d. h. das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit, nicht bloß begrenzte Kreise betreffen.“

Uebrigens muß die Behauptung dieser Gefahr durch Tatsachen belegt sein, aus denen sich nach vernünftigem Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr ergibt. (Urteil des preussischen Obergerichtes, Bd. 45 S. 451.)“

Man kann neugierig sein, was für Tatsachen der neue Regierungspräsident anzuführen wissen wird.

Uebrigens eine Frage an das Polizeipräsidium: Wie kommt man dort dazu, Abschriften von Briefen, die man an Privatpersonen schiebt, in die bürgerlichen Blätter zu lancieren? Hatte man es gar zu eilig, dem Ruhmeskranz polizeilicher Willkür ein neues Reis einzuschleichen, daß man sogar der „Volksmacht“ vorgreifen zu müssen glaubte, die erst noch die Entscheidung der oberen Instanzen abwarten wollte? U. U. w. g.

* Der Polizeipräsident und der Straßenverkehr. Der Polizeipräsident erneuert in einer Bekanntmachung seine Bitte an die Bevölkerung, durch entsprechendes Verhalten die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs auf den Straßen Berlins zu erhöhen. Eine zweckmäßige Gestaltung des Verkehrs in den belebten Straßen ist nur dann möglich, wenn alle Beteiligten die durch den großstädtlichen Verkehr gezogenen Grenzen und Richtlinien respektieren und die mit der Regelung des Verkehrs beauftragten Exekutivbeamten in willigem Zusammenwirken unter-

wöhnung und Erziehung des Einzelnen zur Befolgung gewisser Grundregeln, ohne die eine leichte Abwicklung des Verkehrs und die Sicherheit des Einzelnen in verkehrsreichen Straßen von der Polizei nie erreicht werden kann. — Also wird aus Berlin gemeldet. In Breslau herrscht bekanntlich ein anderer Ton, und von einer Bitte an das Publikum hat man hier wohl noch nie etwas gehört.

Uebergänge eines Polizisten.

Unter dieser Ueberschrift berichten wir im November d. J. über einen Vorfall aus Deutsch-Pissa, bei dem der sogenannte Hilfs-Polizist Franz Rudolf Kemmler eine Rolle gespielt hatte. Kemmler leitete dort im Bedarfsfalle gegen ein Tagelohn von 3 M. Ausschiltsdienste als Polizist und Gemeindevote. In Laora, an dem er nichts zu tun hat, bekommt er auch keinen Taler. Eines Tages, als er gerade wieder einmal nicht polizist, sondern Privatmann war, sah er in dem Lokale von Lorenz. Ein paar Arbeiter kamen auch hinein, von denen der eine den Hut auf dem Kopfe behielt. Kemmler trat an den Tisch heran und forderte, daß der Arbeiter den Hut abnehme! Die Arbeiter waren mit Recht der Meinung, daß es nicht zu den Obliegenheiten Kemmlers gehöre, ihnen über ihr Verhalten Vorschriften zu machen und es laut deshalb zu einem Postwechsel. Später, auf der Straße verlangte Kemmler den Namen des betreffenden Arbeiters. Da dieser weigerte, daß der Mann an diesem Tage nicht polizist war, weigerte er sich, wieder mit Recht, den Namen anzugeben und erklärte: „Ich habe Breslau und bin aus Amerika.“ Kemmler schritt nun unter Aufsicht der beiden Nachwächter zur Verhaftung, weshalb ein Beschwerdeverfahren wegen Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung gegen ihn anhängig gemacht worden sein soll.

Auf Grund genauer Informationen, die nachträglich von uns über den Vorfall eingezogen worden waren, lautete unser Bericht dahin, daß Kemmler bereits wegen Mobschuldigkeiten vorbehaftet sei, schon mehrfach brunn'en gesehen wurde und einmal sogar in Stilleibung unter dem Willard herumgelaufen sei.

Durch unseren Bericht fühlte sich Kemmler, der inzwischen seine Stellung gekündigt hat, beleidigt. Genosse Wolff als verantwortlicher Redakteur unseres Blattes hatte sich deshalb am Donnerstag vor der Breslauer Straßammer zu verantworten. Hier gab Kemmler zu, zweimal wegen Körperverletzung bestraft worden zu sein, dagegen sagte er aus, daß er nur wenig trinke. Die Witin Lorenz beklagte, daß er im Winter zurzeit Thee ohne Rum trinkt. Vom Stuhle sei er zwar einmal gefallen, aber nicht aus Traurigkeit, sondern nur, weil er, als er in der Gesellschaft die — über in Gg bringen wollte, ausgefallen sei. Uebrigens anderen Jengen ist er allerdings manchmal betrunken erschienen.

Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis, wobei er annahm, daß Kemmler, obwohl er an diesem Tage keinen Taler erhalten hatte, sich doch in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden hätte!

Rechtsanwalt Vandmann als Verteidiger begründete eingehend, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. In der Hauptsache sei der Wahrheitsbeweis anständig. Das Kemmler, wie der Bericht sagte, bereits wegen Mobschuldigkeiten bestraft sei, sei erwiesen. Ebenso auch, daß er sich an dem fruchtlosen Abend nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden habe. Objektiv habe er sich der Amtsanmaßung und der Freiheitsberaubung schuldig gemacht, wenn ihm hierfür vielleicht auch das Bewußtsein fehle. Was ging es ihn denn überhaupt an, ob ein Arbeiter, obwohl er, der Herr Anshilfs-Beamte, gerade dort war, den Hut nicht abnahm! Das wäre ihm auch nichts angegangen, auch wenn er sich im Dienst befunden hätte. Die ganze Szene sei bloß darauf hervorgerufen, weil Kemmler nicht so ästiniert wurde, wie er das bei seinen überbrannten Vorstellungen über seine Befugnisse verlangen zu können glaubt. Die Kritik war ihm gegenüber durchaus angebracht, die Absicht der Verleumdung habe aber nicht vorgelegen, weshalb der Angeklagte freizulassen sei.

Das Urteil lautete auf 250 Mark Geldstrafe. Das Gericht erachtete den Wahrheitsbeweis nicht als genügt und aus der Form des Artikels gehe auch die Absicht der Verleumdung hervor.

* Die unerfättlichen Apotheker. Niemand wird behaupten, daß die Apotheker Not litten. Trotzdem sind sie unermüßlich in ihren Forderungen, und wenn Arbeiter auch nur entfernt so „materialistisch“ auftreten würden, so wäre des Jeters über ihre „Unbolsmäßigkeit“ kein Ende. Am Dienstag war wieder die Apothekerkammer für die Provinz Schlesien in Breslau versammelt. Resultat: „Es wurde ein Antrag des Vorstandes betreffend Erhöhung einzelner Positionen der Arzneitage angenommen.“ So mancher Arbeiter könnte sich an der Unzufriedenheit dieser Herrschaften ein Beispiel nehmen.

* Veranstaltung für Jugendliche. Am Sonntag, den 25. April, Nachmittags 4 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 2, eine Versammlung für Jugendliche beiderlei Geschlechts statt. Herr Dr. Landberg wird einen Vortrag halten über: „Materielle Schöpfungsgeschichte“. Die Veranstaltung geht vom Jugendanschuß der Breslauer Arbeiter aus und ist wie alle früheren Veranstaltungen mit keinen Kosten verbunden. Zutritt hat jede jugendliche Person. Wir bitten unsere Arbeiterkern ganz besonders ihre Kinder für diesen Vortrag zu interessieren, der der Weiterbildung ihrer Kinder dienen soll.

Der Jugendanschuß der Breslauer Arbeiterschaft.

* Die „Breslauer Zeitung“ als Organ der Staatsanwaltschaft. Wir teilten bereits mit, daß der „Bresl. Ztg.“ im Gerichtsamt amtlich attestiert worden sei, daß auf ihr hegerisches Betreiben hin das Verfahren gegen Genossen Albert wegen angeblicher Lehrerbeleidigung eingeleitet worden ist. Mit diesem Ruhm begnügte sich das Blatt aber nicht. Nach der Verhandlung lag es seinen Lesern und dem Staatsanwalt vor, M. hätte mit der niedrigen Geldstrafe von 50 Mark renommieren. Das hat alsbald der Staatsanwalt aufgegriffen, denn er, der selbst die 50 Mark beantragt, der die Genugung hatte, daß das Gericht seinem Antrage stattgab, legte nach einiger Zeit

Beim Einkauf von MAGGI's Bouillon-Würfeln



achte man darauf, dass jeder Würfel auf der Umhüllung den Namen MAGGI und die Schutzmarke (Kreuzstern) trägt.

Andere Würfel sind nicht von MAGGI.

5 Pfg.

1890

